
Riester-Rente – Reformen und ein staatliches Basisprodukt sind dringend erforderlich

ANNABEL OELMANN UND RALF SCHERFLING

Annabel Oelmann, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Gruppe Finanzdienstleistungen, E-Mail: fdl@vz-nrw.de
Ralf Scherfling, Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Gruppe Finanzdienstleistungen, E-Mail: fdl@vz-nrw.de

Zusammenfassung: „Soll ich jetzt riestern?“ Die Beratungspraxis der Verbraucherzentrale NRW zeigt, dass Verbraucher diese Frage oft nicht beantworten können. Ratsuchende empfinden die Regeln der Riester-Rente als zu kompliziert und die Produkte als intransparent und zu teuer. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen sieht Staat und Anbieter in der Pflicht, einfache und kostengünstige – ergo: verbraucherfreundliche – Riester-Produkte am Markt zu etablieren. Um das Vertrauen der Verbraucher zu stärken, halten wir es für erforderlich, die gesetzlichen Regeln anzupassen und ein staatliches Basisprodukt einzuführen, beispielsweise bei der Deutschen Finanzagentur.

Summary: “Should I start a Riester pension?” According to consumer rights protection agency, Nordrhein-Westfalen (NRW), consumers often cannot answer this question. Many people feel that the rules and regulations of the Riester-Rente products are too complicated, not transparent, and too expensive. The consumer rights protection agency expects both the government and Riester pension providers to provide a consumer friendly market with easy to understand and affordable products. To strengthen consumer confidence, we strongly recommend adopting legal rules and regulations, plus introducing a publicly managed Riester pension product offered by, for example, the German Finance Agency, Deutsche Finanzagentur.

- JEL Classification: G01, G02, G18, G28, G38
 - Keywords: Riester pension, basic product, retirement account, German Finance Agency, retirement investments, consumer rights protection agency, consumer-friendly product
-

I Einleitung

„Soll ich jetzt riestern?“ – Immer wieder stellen verunsicherte Verbraucher diese Frage der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen (im Folgenden VZ NRW). In unseren Beratungen erleben wir seit zehn Jahren regelmäßig, dass viele Verbraucher durchaus bereit sind, für den späteren Ruhestand Geld zur Seite zu legen, um sich ein zweites Standbein neben der gesetzlichen Rente zu schaffen. Weniger klar ist den Ratsuchenden, welchen Weg sie einschlagen sollen, um das Ziel zu erreichen. Dies betrifft die private Altersvorsorge insgesamt, aber auch die staatlich geförderte Riester-Rente. Alternative Formen der staatlich geförderten Altersvorsorge sind die Rürup-Rente und die betriebliche Altersvorsorge. Einen ausführlichen Überblick darüber gibt beispielsweise Herrmann (2009). Diese Versorgungsarten sind aber nicht Teil der weiteren Ausführungen. Politiker, Wissenschaftler, Anbieter, Verbraucherschützer und sonstige Experten beziehen regelmäßig und kontrovers Stellung zur Riester-Rente (beispielsweise Bund der Versicherten 2011, Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 2011). Die Meinungen über die Vorteile der Riester-Rente sind so unterschiedlich wie die Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen. Wer hier ratlos zurückbleibt, sind die Verbraucher. Wem sollen sie glauben? Den Befürwortern, die darauf hinweisen, dass aufgrund der staatlichen Förderung kaum eine andere Geldanlage eine so hohe Rendite ermöglicht wie die Riester-Rente (beispielsweise Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft 2011)? Oder den Gegnern, die ausführen, dass man nicht zuletzt aufgrund der Kosten ein hohes Alter erreichen müsste, um sein Geld wieder herauszubekommen (beispielsweise Hagen und Kleinlein 2011, Kleinlein 2011)?

Im Folgenden geht es nicht um eine Bewertung der Argumente von Befürwortern und Kritikern der Riester-Rente. Vielmehr geht es darum, darzulegen, mit welchen Problemen sich Verbraucher zum Thema Riester an die VZ NRW wenden. Die Ausführungen erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität. Dies liegt zum einen daran, dass es sich um eine ausgewählte Gruppe von Verbrauchern handelt. Es sind die Verbraucher, die eine Honorarberatung zur Altersvorsorge der VZ NRW in Anspruch genommen haben. Zum anderen gibt es „den“ Verbraucher schlicht nicht (Ahlswede 2011). Es gibt Männer und Frauen, Ledige und Verheiratete, junge und alte Menschen, Geringverdiener und Gutverdiener, kinderlose Paare und Familien mit Kindern mit sehr unterschiedlichen Anliegen.

Dennoch lassen sich aus den Beratungen wertvolle Erkenntnisse ziehen. Viele Menschen sind beim Abschluss einer Riester-Rente zurückhaltend oder wollen einen bestehenden Vertrag vorzeitig kündigen, obwohl sie förderberechtigt im Sinne des Gesetzes sind und den Handlungsbedarf bei der privaten Altersvorsorge sehen. Auch wenn jeder Fall individuell ist, sind doch Übereinstimmungen bei den Gründen beider Gruppen festzustellen, von einer Riester-Rente Abstand zu nehmen. Diese geben dem Staat, aber auch den Anbietern, Hinweise, wo – aus Sicht des Verbrauchers – Probleme liegen. Auf dieser Basis sollten Politik und Anbieter Maßnahmen für die Lösung der Probleme ergreifen.

2 Erkenntnisse aus dem Beratungsalltag der VZ NRW: Riester ist zu kompliziert, zu intransparent und zu teuer

In den Jahren 2009 bis 2011 wurde das Beratungsangebot der VZ NRW im Bereich Altersvorsorge insgesamt mehr als 1200 mal per annum in Anspruch genommen (Ministerium für Kli-

maschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW 2012). Zum Vergleich: Im Jahr 2007 – vor Ausbruch der Finanzmarktkrise – waren es 800 Beratungen. In vielen dieser Beratungen ging es den Verbrauchern um das Thema Riester.

Eine Aufbereitung der Erfahrungen aus den Beratungen zeigt: Es herrscht allgemeine Unsicherheit bei den Verbrauchern in Bezug auf die Riester-Rente. Viele Verbraucher können die konkreten Gründe für ihre Unsicherheit bezüglich des Riester-Sparens nicht benennen. Aus Sicht der VZ NRW finden sich Ursachen für diese Unsicherheit zum Teil beim Staat und den gesetzlichen Regeln, zum Teil aber bei den Anbietern und ihren Produkten. Die Ratsuchenden lassen sich in zwei Gruppen einordnen: Verbraucher, die aus Angst davor, einen Fehler zu machen, bisher im Bereich Altersvorsorge keine Entscheidung getroffen haben. Sie wollen wissen, ob sie nicht doch „riestern“ sollen. In der zweiten Gruppe sind Verbraucher, die vor einigen Jahren einen Riester-Vertrag abgeschlossen haben und wissen wollen, ob es empfehlenswert ist, den Vertrag fortzuführen. Viele dieser Verbraucher haben in Unkenntnis alternativer Anlageformen auf Vertrauensbasis eine Riester-Versicherung gekauft.

2.1 Gründe, warum Verbraucher bisher keinen Riester-Vertrag abgeschlossen haben

Vier Faktoren sind nach den Erfahrungen der VZ NRW maßgeblich für Verbraucher, keinen Riester-Vertrag abzuschließen: die Komplexität der Regeln, die Gefahr der Anrechnung auf eine Grundsicherung im Alter, Misstrauen gegenüber Anbieter und die unbekannte Produktvielfalt.

Komplexität: Vielen Verbrauchern sind die Regeln der Riester-Rente zu kompliziert. Beispielsweise ist den wenigsten Ratsuchenden bekannt, dass es neben der Zulagenförderung eine zweite Förderkomponente gibt: den Sonderausgabenabzug. Im Jahr 2012 beträgt die Grundzulage 154 Euro, zusätzlich 185 Euro Kinderzulage, für Kinder, die nach 2007 geboren sind, sogar 300 Euro Kinderzulage. Im Rahmen der Einkommenssteuererklärung können jährlich maximal 2100 Euro steuerlich geltend gemacht werden (Herrmann 2009). Nur wenige Verbraucher wissen, wie die beiden Komponenten zusammenhängen oder können einschätzen, ob der Sonderausgabenabzug überhaupt relevant ist.

Anrechnung auf die Grundsicherung im Alter: Verbraucher mit niedrigen Einkommen sind verunsichert, ob sie in der Rentenphase von der Riester-Rente profitieren werden. Die Anrechnung der Riester-Rente auf die Grundsicherung schreckt einige Verbraucher ab. Den Wenigsten ist bekannt, dass es sich hierbei nicht um eine Besonderheit der Riester-Rente handelt, sondern dass die Anrechnung auf die Grundsicherung auch für andere Einkommensarten gilt. Viele können nicht abschätzen, ob die Grundsicherung im Alter für sie überhaupt relevant sein wird. Von staatlicher Seite wird bereits über Änderungen bei der Anrechnung auf die Grundrente nachgedacht (Aigner 2012).

Misstrauen: In den vergangenen zwölf Jahren haben viele Verbraucher an den Finanzmärkten ihr Geld verloren: Anfang des Jahrtausends platzte zunächst die Internet-Blase. 2007/08 folgte die US-„Subprime“-Krise mit weltweiten Auswirkungen. Die Insolvenz der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers bescherte vielen Kleinanlegern hohe Verluste. Die Finanzkrise übertrug sich auf die Realwirtschaft und beherrscht seit 2010 mit der Staatsschuldenkrise in der Eurozone die Schlagzeilen der Tagespresse. Vor diesem makroökonomischen Umfeld sorgen sich viele Anleger vor allem um den Erhalt ihres Vermögens. Die Verbraucher sind nachhaltig verunsichert. Die oft undifferenzierte Berichterstattung in den Medien zu Riester verstärkt diese

Unsicherheit (Union Investment 2012). Sie wollen wissen, ob ihr Geld sicher angelegt wird und ob sie es überhaupt wiedersehen, wenn sie in Rente gehen. Dieses Misstrauen betrifft ebenfalls die Riester-Rente – auch wenn zum Zeitpunkt des Rentenbeginns die Summe der eingezahlten Beiträge und der erhaltenen Zulagen garantiert ist. Die Verbraucher haben das Vertrauen in die Anbieter und Finanzwirtschaft allgemein verloren, nicht aber unbedingt das Vertrauen in die eigene Bank. Auch der eigene Berater ist davon oft ausgenommen (Bundesverband Deutscher Banken 2011), und die Verbraucher folgen seiner Empfehlung.

Unbekannte Produktpalette: Vielen Verbrauchern ist es in dem intransparenten Markt nicht möglich, das beste Produkt und den passenden Anbieter zu identifizieren. Tatsächlich denken die meisten Ratsuchenden ausschließlich an eine Rentenversicherung – aber nicht an die anderen ebenfalls staatlich geförderten Riester-Angebote. Dazu zählen nicht nur klassische und fondsgebundene Rentenversicherungen, sondern auch Fondssparpläne, Banksparpläne und Wohn-Riester. Aktuell gibt es bei den Riester-Interessenten einen Trend zur Immobilie: Viele Verbraucher überlegen, ob sie künftig Sachwerte wie Immobilien bei der Vermögensbildung stärker berücksichtigen sollen. Bei den Beratungen zum Thema Riester geht es immer häufiger um Möglichkeiten, die staatliche Förderung in diesem Bereich zu nutzen. Dies ist möglicherweise eine Erklärung für die zunehmende Zahl von Wohn-Riester-Verträgen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012b).

2.2 Gründe, warum Riester-Sparer ihren Vertrag vorzeitig kündigen wollen

Vor allem drei Gründe werden von Verbrauchern, die sich an die VZ NRW mit der Überlegung wenden, ob sie ihren Riester-Vertrag kündigen wollen, vorgetragen: Unklarheit bei der Zulagenbesparung, Kosten, unbekannte Handlungsalternativen.

Unklarheit bei der Zulagenbesparung: Viele Verbraucher wissen nicht, welche Summe sie einzahlen müssen, um die volle Zulage zu bekommen. Dafür müssen sie einschließlich der Zulagen vier Prozent des rentenversicherungspflichtigen Bruttovorjahreseinkommens sparen (Herrmann 2009). Vielen ist nicht klar, dass sie die Sparhöhe anpassen müssen, wenn sich ihr Einkommen oder ihre persönliche Situation ändert, zum Beispiel nach der Geburt eines Kindes. Die Konsequenz daraus ist, dass nicht alle Verträge optimal bespart werden. 2011 gab es eine Rückforderungsaktion der Zentralen Zulagenstelle für Altersvermögen. Sie überprüfte systematisch, ob den Riestersparern die staatlichen Zulagen tatsächlich zustanden. In den Fällen, wo diese unberechtigt gewährt worden waren, buchte der Staat das Geld zurück. Dies hat – trotz der nachträglich geschaffenen Nachzahlungsmöglichkeiten (Bundesfinanzministerium 2011) – die Sorge der Verbraucher verstärkt, am Ende die Zulagen nicht oder nicht vollständig zu bekommen.

Kosten: Verbraucher erkennen häufig erst die zum Teil sehr hohen Kosten eines Vertrages – vor allem für Abschluss und Vertrieb sowie für die Verwaltung –, wenn sie die Jahresmitteilungen zur Entwicklung ihres Riester-Produkts erhalten. Das Produkt, das die meisten Ratsuchenden verkauft bekommen haben, ist eine Riester-Versicherung. Dieses Produkt ist erfahrungsgemäß mit hohen Kosten verbunden.

Unbekannte Handlungsalternativen: Viele Riester-Anleger kennen keine andere Möglichkeit, als den Vertrag zu kündigen. Die Alternativen – Beitragsfreistellung oder Vertragswechsel – sind vielen nicht bekannt.

3 **Was ist zu tun, damit „Riester“ von Verbrauchern angenommen wird?**

Die Beratungspraxis der VZ NRW zeigt, dass viele Verbraucher die Riester-Rente immer noch als zu kompliziert empfinden. Ihnen sind viele Produkte nach wie vor zu intransparent und zu teuer. Deshalb meiden viele Menschen trotz staatlicher Förderung die Riester-Rente. Um dies zu verändern, werden eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung diskutiert. Nachstehend werden die Reformvorstellungen der VZ NRW vorgetragen.

3.1 Forderungen an den Staat – Nachbesserung und Einführung eines Basisprodukts in Form eines Vorsorgekontos

Die Verbesserungen, die der Staat in den vergangenen zehn Jahren an der Riester-Rente vorgenommen hat, reichen nicht aus. Appelle an die Verbraucher, die staatliche Förderung für die Altersvorsorge zu nutzen, entfalten wenig Wirkung, solange keine grundsätzlichen Änderungen vorgenommen werden.

In den vergangenen zehn Jahren hat der Markt nicht funktioniert: Die Anbieter haben es nicht geschafft, ein leicht verständliches und kostengünstiges – ergo: verbraucherfreundliches – Altersvorsorge-Produkt zu entwickeln. Die Materie ist für die Masse der Verbraucher zu komplex – mit der Folge, dass viele Menschen überhaupt nicht „riestern“. Vielen Verbrauchern, die bei der VZ NRW Rat suchen, wird die gesetzliche Rente alleine nicht reichen, um den gewohnten Lebensstandard im Ruhestand aufrecht zu erhalten. Sie benötigen im Zweifel weitere Ressourcen wie zum Beispiel bezahltes Wohneigentum, betriebliche Altersvorsorge, Wertpapiere, Erbschaft oder Lottogewinn. Ohne zusätzliche Ressourcen droht ihnen im Rentenalter im schlimmsten Fall das Abrutschen in Altersarmut (Schmähl 2011, Vogel 2011).

Um die Akzeptanz der Riester-Rente zu erhöhen, müssten die bestehenden Regeln angepasst werden. Maßnahmen wie eine Deckelung der Kosten, eine bessere Beteiligung der Verbraucher an den Risikoüberschüssen, standardisierte Produktinformationsblätter und eine bessere Kontrolle von Riester-Produkten einschließlich Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012a) könnten aus Sicht der VZ NRW das Vertrauen in die staatlich geförderte Altersvorsorge stärken. Vertrauen ist die zentrale Voraussetzung für Verbraucher, um überhaupt einen Riester-Vertrag abzuschließen (Ehler et al. 2011).

Die VZ NRW befürchtet aber, dass solche Einzelmaßnahmen allein das Marktversagen nicht beheben werden. Daher ist es notwendig, ein staatliches Vorsorgekonto einzuführen, um zumindest ein verbraucherfreundliches Basisprodukt neben den anderen Riester-Produkten anzubieten. Zwar entstehen dem Staat als zusätzlichem Anbieter Kosten, aber diese sind nach Meinung der VZ NRW geringer als die Kosten, die dem Staat durch fehlende staatlich geförderte Altersvorsorge der Bürger in der Zukunft entstehen würden. Der Eingriff des Staates ist daher gerechtfertigt. Ähnliche Produkte befinden sich zwar auch im Produktpool der privaten Anbieter. Unsere Beratungspraxis zeigt jedoch, dass diese von den Anbietern kaum aktiv verkauft werden und Verbraucher diese auf dem intransparenten Markt selten finden.

Das Thema Altersvorsorgekonto wurde in den letzten Jahren immer wieder erörtert (beispielsweise Bundesverband Investment und Asset Management 2003, Scheel et al. 2008). Diese Diskussion hat sich seit dem Sommer 2010 intensiviert. Positiv dazu geäußert haben sich unter anderem Wissenschaftler wie Schwintowski (2011), Verbraucherschutzorganisationen wie die

Verbraucherzentrale Bundesverband (2011), die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg (Rezmer 2011), die Verbraucherkommission Baden-Württemberg (Stellpflug 2010) sowie die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (2011). ÖKO-TEST bietet eine Übersicht (2011b) und fordert ebenfalls die Einführung eines Altersvorsorgekontos (2011c).

Die VZ NRW unterstützt die grundsätzliche Idee eines staatlichen Basisprodukts. Bei einem Vorsorgekonto zahlt der Bürger auf freiwilliger Basis auf ein Konto bei einer Institution des Staates ein. Der Staat überweist seine Zuschüsse ebenfalls auf dieses Konto. Fehlende Abschluss- und Vertriebskosten sowie geringe Verwaltungskosten tragen dazu bei, dass sich das Geld – dank des Zinseszins-Effektes – schneller vermehren kann als bei vielen derzeit am Markt existierenden kostenintensiven Riester-Produkten (ÖKO-TEST 2011c).

Neben der Gesetzlichen Rentenversicherung (Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg 2011) eignet sich aus Sicht der VZ NRW insbesondere die Deutsche Finanzagentur (früher: Bundesschuldenverwaltung) als „Vermögensverwalter des kleinen Mannes“. Ein Vorteil der Finanzagentur ist, dass sie über Erfahrungen im Privatkundengeschäft verfügt. Durch die aktuelle Ankündigung der Deutschen Finanzagentur, das Privatkundengeschäft mit Bundeswertpapieren einzustellen (2012), zeichnen sich unserer Einschätzung nach außerdem freie Kapazitäten ab. Die Gesetzliche Rentenversicherung ist dagegen immer noch von Vertrauensverlusten seitens der Verbraucher betroffen (Brandstetter 2009, Brenke et al. 2011, Schmähl 2005 und 2011).

Das staatliche Basisprodukt hat das Ziel, eine risikoarme und kostengünstige Alternative zu bieten. Damit könnte der Personenkreis erreicht werden, der aus Misstrauen gegenüber der Finanzwirtschaft sonst gar nicht vorsorgen würde. Es stellt außerdem eine Alternative für diejenigen dar, die sich nicht mit den intrannten Produkten am Markt beschäftigen wollen. Unserer Erfahrung nach gibt es auch einen Personenkreis, der im Zweifel einfach nichts falsch machen möchte. Für diese Verbraucher kann das Basisprodukt ebenfalls eine Alternative darstellen.

Bei der Einrichtung eines Basisprodukts sollte der Staat nach Auffassung der VZ NRW auch den Aspekt der Nachhaltigkeit berücksichtigen. Dabei geht es um die Einhaltung von bestimmten sozialen, ethischen und ökologischen Gesichtspunkten (ÖKO-TEST 2011c). Diese verbindlichen Nachhaltigkeitsregeln sollten im nächsten Schritt für alle Riester-Produkte gelten – egal ob von einer staatlichen Institution oder einem privaten Anbieter. Dabei sollte die Bundesrepublik Deutschland sicherstellen, dass bestimmte Produkte, denen sie ablehnend gegenübersteht, nicht mit geförderten Mitteln indirekt unterstützt werden. Ein Negativbeispiel hierfür waren die entdeckten Streubomben in staatlich geförderten und damit zertifizierten Riester-Produkten aus der Privatwirtschaft (Stiftung Warentest 2011).

3.2 Forderung an die Anbieter – Verbraucherfreundliche Produkte aktiv anbieten

Erfahrungen aus der Beratungspraxis der VZ NRW bestätigen die von Verbraucherschützern schon lange geäußerte Vermutung, dass Verbrauchern vor allem Produkte verkauft werden, die den Anbietern hohe Provisionen einbringen (Finanztest 2012, ÖKO-TEST 2011a). Der Wettbewerb bei der Riester-Rente krankt vor allem daran, dass viele Bank- und Versicherungsberater primär provisionsträchtige Versicherungen verkaufen oder aufgrund von Vorgaben seitens des Arbeitsgebers verkaufen müssen. Im Frühjahr 2012 waren von den 15,5 Millionen abgeschlossenen Riester-Verträgen fast elf Millionen Versicherungslösungen (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2012b).

Diese Kritik an der Verkaufspraxis und der Produktpalette wird vom Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) zurückgewiesen. Der Gesamtverband bemängelt insbesondere, dass die Kritiker bei ihren Untersuchungen zusätzliche Überschüsse über die garantierte Leistung hinaus nicht ausreichend berücksichtigen und mit einer zu niedrigen Lebenserwartung kalkulieren. Die Kritik an der Riester-Rente sei abzulehnen und teilweise politisch motiviert (GDV 2011).

Aus Sicht der VZ NRW sollten die Anbieter die Fokussierung auf teure Versicherungen umgehend beenden und stattdessen verbraucherfreundliche Produkte anbieten. Damit könnten die Anbieter im eigenen Interesse einen ersten Schritt zur Bewältigung der anhaltenden Vertrauenskrise gehen.

3.3 Verbraucher sollten die Grundregeln der Geldanlage beachten

Solange Staat und Anbieter die bisherige Riester-Architektur nicht grundlegend ändern, sind Verbraucher gezwungen, sich mehr als eigentlich erforderlich in das Thema Altersvorsorge einzuarbeiten und so zu informierten Managern zu werden (Lamping 2009). Verbraucher sollten sich niemals zu einem Vertragsabschluss drängen lassen, sondern sich Zeit nehmen und umfassend informieren. Neben den anbieterunabhängigen Honorarberatungen bieten anbieterneutrale Produkttests eine Orientierungshilfe.

Die VZ NRW stellt in ihren Beratungen außerdem fest, dass viele Verbraucher zum falschen Zeitpunkt mit der privaten Altersvorsorge beginnen. Schulden tilgen, existenzbedrohende Risiken absichern und der Aufbau einer eisernen Reserve sind vorrangig.

Schulden tilgen: Oft sparen Verbraucher Teile ihres Vermögens für die Altersvorsorge mit geringer Verzinsung an – und nehmen zur selben Zeit bewusst oder unbewusst einen teuren Raten- oder Dispositionskredit in Anspruch. Eine Grundregel der Geldanlage der VZ NRW besagt, dass Verbraucher eine höhere Rendite als ersparte Kreditzinsen nicht auf sicherem Wege erreichen können. Die VZ NRW empfiehlt daher, dass eine Schuldentilgung für Verbraucher vorrangig sein sollte.

Existenzbedrohende Risiken absichern: Auch diese Absicherung sollte nach Einschätzung der VZ NRW Vorrang haben. Viele Verbraucher sparen zwar für die Altersvorsorge, sichern sich aber nicht gegen existenzbedrohende Risiken ab. Sie „sparen“ sich beispielsweise eine private Haftpflichtversicherung und/oder eine Berufsunfähigkeitsversicherung.

Eiserne Reserve aufbauen: Schließlich sollten Verbraucher auch daran denken, eine Liquiditätsreserve aufzubauen, bevor sie eine Riester-Rente abschließen. Ohne eiserne Reserve passiert es immer wieder, dass Verbraucher bei unvorhergesehenen Ausgaben langfristige Verträge kündigen und hohe Verluste in Kauf nehmen müssen. Auslöser kann schon eine teure Autoreparatur sein.

4 Fazit

Im Beratungsalltag der VZ NRW zeigt sich immer wieder, dass die Verbraucher der privaten Altersvorsorge im Allgemeinen und der staatlich geförderten Riester-Rente im Besonderen kritisch

gegenüberstehen. Die Frage „Soll ich jetzt riestern?“ können sie nicht abschließend beantworten. Zwar sind viele Menschen bereit, Geld für den späteren Ruhestand zurückzulegen, dennoch machen sie wegen der komplizierten staatlichen Förderung und der hohen Kosten einen Bogen um die Riester-Rente.

Die VZ NRW sieht Staat und Anbieter in der Pflicht, verbraucherfreundliche – das heißt einfach zu verstehende und kostengünstige – Riester-Produkte am Markt zu etablieren. Aufgrund des bisherigen Marktversagens sollte aus Sicht der VZ NRW zusätzlich zu den vorhandenen Produktklassen bei den privaten Anbietern ein staatliches Basisprodukt in Form eines Vorsorgekontos eingeführt werden. Hier bietet sich vor allem die Finanzagentur mit ihrer bewährten, kostengünstigen Infrastruktur und ihrer Erfahrung im Privatkundengeschäft als „Vermögensverwalter des kleinen Mannes“ an.

Literaturverzeichnis

- Ahlswede, Sophie (2011): Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen. Deutsche Bank Research. Aktuelle Themen 514, 24.5.2011. Frankfurt a. M.
- Aigner, Ilse (2012): Aussage im Rahmen der Veranstaltung 13. MCC-Zukunftsmarkt in Berlin: Reform der Riester-Rente gefordert. 28./29.2.2012.
- Brandstetter, Barbara (2009): Die Finanzkrise zerstört das Vertrauen der Bürger. *Welt Online*. 03.02.2009.
- Brenke, Karl und Klaus F. Zimmermann (2011): Herausforderung „Sichere Rente“. *Vierteljahrsschrift zur Wirtschaftsforschung*, 80 (2), 5–9.
- Bund der Versicherten (2011): 2012 als Schicksalsjahr der Riester-Rente. Medieninformation, 1.12.2011.
- Bundesfinanzministerium (2011): Besserer Verbraucherschutz bei der Riester-Rente: Zulagenanspruch kann nachträglich gesichert werden. Pressemitteilung, 12/2011.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012a): Das neue Rentenreformpaket. Pressemitteilung, 21.3.2012.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2012b): Riester-Rente weiter im Trend. Pressemitteilung, 23.5.2012.
- Bundesverband Deutscher Banken (2011): Vertrauen in Banken/Zufriedenheit von Bankkunden. Repräsentative Umfrage im Auftrag des Bankenverbandes vom 4. bis 10. Oktober 2011.
- Bundesverband Investment und Asset Management (2003): BVI will Altersvorsorge-Konto für alle: einfach, flexibel und attraktiv. 28.11.2003. Frankfurt a. M.
- Deutsche Finanzagentur (2012): Über das Privatkundengeschäft der Finanzagentur. Ankündigung auf der Homepage, 5.7.2012.
- Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg (2012): Verbraucherminister Bonde und der Chef der Deutschen Rentenversicherung Seiter zum Weltverbrauchertag: „Private Altersvorsorge muss einfach, transparent und kostengünstig sein“. Pressemitteilung, 14.03.2012.
- Ehler, Jürgen und Carroll Haak (2011): Riester-Sparen – Eine Frage des Vertrauens? *Deutsche Rentenversicherung*, 66 (4), 269–290.
- Finanztest (2012): Schlechter Rat. *Finanztest*, 3/2012, 42–44.
- GDV (2011): 10 Jahre Riester-Rente. Und sie lohnt sich doch. Pressemeldung, 6.12.2011.

- Hagen, Kornelia und Axel Kleinlein (2011): Zehn Jahre Riester-Rente: Kein Grund zum Feiern. *DIW Wochenbericht*, Nr. 47, 3–14.
- Herrmann, Karl-Heinz (2009): *Riester-, Eichel- oder Rürup-Rente? So schließen Sie Ihre Versorgungslücke und nutzen die staatlich geförderten Vorsorgewege optimal!* Norderstedt, Books on Demand GmbH.
- Kleinlein, Axel (2011) Zehn Jahre „Riester-Rente“. Bestandsaufnahme und Effizienzanalyse. Friedrich-Ebert-Stiftung, Wiso-Diskurs, November 2011.
- Lamping, Wolfram (2009): Verbraucherkompetenz und Verbraucherschutz auf Wohlfahrtsmärkten: Neue Herausforderungen an eine sozialpolitische Verbraucherpolitik. *Vierteljahrssheft zur Wirtschaftsforschung*, 78 (3), 44–62.
- Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes NRW (2012): Minister Remmel fordert mehr Kontrolle von Finanzdienstleistern: Gute Beratung statt hoher Provisionen – Verbraucherinnen und Verbraucher berichten über Abzocke mit der Altersvorsorge, Dispo-Krediten und Angeboten auf dem grauen Kapitalmarkt. Pressemitteilung, 24.5.2012.
- ÖKO-TEST (2011a): Ausgetrickst. *Ratgeber Rente, Geld, Versicherungen*, 2011, 75–81.
- ÖKO-TEST (2011b): Ein Konto für alles. *Ratgeber Rente, Geld, Versicherungen*, 2011, 18–19.
- ÖKO-TEST (2011c): Riester-Rente abschaffen, Altersvorsorgekonto einführen. Pressemitteilung, 6.12.2011, Frankfurt a. M.
- Rezmer, Anke (2011): Was man bei privater Altersvorsorge beachten muss. *Handelsblatt* vom 27.09.2011.
- Scheel, Christine, Thea Dückert, Kerstin Andreae, Ekin Deligöz, Hans-Josef Fell, Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), Brigitte Pothmer, Wolfgang Strengmann-Kuhn, Harald Terpe und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2008): Individuelles Altersvorsorgekonto einführen. Antrag Deutscher Bundestag, Drucksache 16/8759, 09.04.2008.
- Schmähl, Winfried (2005): Einige Thesen zur Situation und weiteren Entwicklung der Alterssicherung in Deutschland – Zugleich Hinweis auf die Empfehlungen der Kommission für den 5. Altenbericht der Bundesregierung, Rentenfachgespräch der Volkssolidarität, Berlin, 17. November 2005.
- Schmähl, Winfried (2011): Politikberatung und Alterssicherung: Rentenniveau, Altersarmut und das Rentenversicherungssystem. *Vierteljahrsshefte zur Wirtschaftsforschung*, 80 (3), 159–174.
- Schwintowski, Hans-Peter (2011): Kein System ist absolut sicher. Interview in: *Die Korrespondenten* vom 21.12.2011.
- Stellpflug, Jürgen (2010): Schaffung eines Vorsorgekontos für die Altersvorsorge-Einzahlungen eines jeden Bürgers. Hintergrundinformation zu den Forderungen des Empfehlungspapiers der Verbraucherkommission Baden-Württemberg „Verbraucherfreundliche Regeln bei der privaten Altersvorsorge“.
- Stiftung Warentest (2011): Auf vermintem Gelände. Serie *Finanztest*, 1/2011, 37–43.
- Union Investment (2011): Die Mehrheit der Deutschen denkt, für das Alter ausreichend vorgesorgt zu haben. Presse-Information, 13.6.2012.
- Verbraucherzentrale Bundesverband (2011): Private Altersvorsorge braucht politische Führung. Pressemitteilung, 23.11.2011.
- Vogel, Claudia (2011): Altersarmut in Deutschland. Deutsches Zentrum für Altersfragen, 17. April 2012, Berlin.